

Pressespiegel



Dörfer der Wende

Immer mehr Gemeinden in Deutschland nehmen ihre Strom- und Wärmeversorgung selbst in die Hand. Und das zahlt sich aus.

„Es gibt einen Punkt, da gibt es kein Zurück mehr, sondern nur noch den Weg nach vorn.“ Für Markus Bohnert, Forstrevierleiter der 2.500-Seelen-Gemeinde St. Peter im Hochschwarzwald und heute einer der beiden Vorstände der Genossenschaft Bürgerenergie St. Peter, kam dieser Punkt ziemlich früh. Denn kurz nachdem sich die Initiatoren im Herbst 2008 zum ersten Mal zusammenfanden, entschloss man sich, ein externes Planungsbüro mit ins Boot zu holen, um die gemeinsame Idee eines lokalen Nahwärmenetzes zu konkretisieren. Nun waren die ersten Kosten absehbar, das Projekt nahm seinen Lauf. Im Mai 2010 war Baubeginn, im November 2010 ging das erste Teilnetz in Betrieb und Ende September 2011 wurden die letzten der geplanten 166 Hausanschlüsse vollendet. Über fünf Millionen Euro wurden investiert, und die Rechnung ist für alle Beteiligten aufgegangen: Die Wärmeabnehmer im Dorf erhalten günstige und klimafreundliche Energie, 900.000 Liter Heizöl pro Jahr werden eingespart, und im Ort kann man sich über die Auszeichnung als 16. Bioenergiedorf Baden-Württembergs freuen.

Eine Erfolgsgeschichte, derer es mittlerweile viele gibt. Denn die eigene Energie – sei es Strom

oder Wärme oder beides – vor Ort selbst zu erzeugen, liegt im Trend: Nach Angabe des Kasseler Kompetenznetzwerkes Dezentrale Energietechnologien (DEENET) gibt es mittlerweile 129 „100 Prozent EE-Regionen“, die sich das Ziel einer Vollversorgung aus erneuerbaren Energien (EE) gesetzt haben, mit knapp 19 Millionen Einwohnern. Hinzu kommen 76 Bioenergiedörfer, bei denen die Wärmegewinnung aus Biomasse im Vordergrund steht.

Ideelle und wirtschaftliche Motive

Um den Nutzen lokaler oder regionaler EE-Projekte zu erkennen, muss man nicht unbedingt das globale Argument des Klimaschutzes bemühen – es gibt auch ganz handfeste, ökonomisch begründbare Motive, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Im Idealfall profitiert eine Kommune durch die Selbstversorgung mit Energie gleich mehrfach: durch verlässliche, von den Preissteigerungen bei Öl und Gas weitgehend abgekoppelte Energiepreise, durch Gewinne aus dem Betrieb der Anlagen oder aus Pacht und Steuereinnahmen, durch Ankurbelung der lokalen Wirtschaft – wiederum verbunden mit Steuermehreinnahmen für die Kommune, wenn einhei-

Erneuerbare Energien, Ausgabe 02/2012, Seite 1/4

Pressespiegel

mische Betriebe an Bau, Betrieb und Wartung der Anlagen beteiligt werden oder die Zulieferung von nachwachsenden Rohstoffen übernehmen. Und schließlich kann eine Gemeinde, die offen ist für neue Wege in der Energieversorgung, sogar einen touristisch verwertbaren Imagegewinn erzielen. Ebenfalls von Bedeutung, wenngleich nicht in Euro und Cent messbar, ist die stärkere Identifikation der Bürger mit ihrer Gemeinde durch gemeinsam verwirklichte Projekte.

Den materiellen Gewinn, den die deutschen Kommunen Jahr für Jahr aus ihrem Engagement für die Erneuerbaren ziehen, hat das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung im Jahr 2009 in der Studie Kommunale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien untersucht. Für das Jahr 2009 wurde eine Wertschöpfung von 6,8 Milliarden Euro hochgerechnet, wobei jeweils etwa ein Drittel auf die Energieträger Sonne und Wind entfallen. Im Jahr 2020 könnten es auf der Basis der Ausbauprosen des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE) bereits über 13 Milliarden Euro sein.

Die Chancen der eigenen Energieerzeugung stehen also außer Frage – trotzdem ist aus der Idee der Energieautonomie bisher noch keine Massenbewegung geworden. Rolf Pfeifer, Geschäftsführer des Freiburger Beratungsunternehmens Endura kommunal, weiß aus eigener Erfahrung, woran das liegt: „Es gibt viel zu wenig unabhängige Expertise.“ Der Beratungsbedarf in den Gemeinden sei enorm, vielfach gäbe es nur laienhaftes Wissen oder gar Vorurteile gegenüber den Erneuerbaren, so dass sich viele Gemeinden „in einer Art Starzustand“ befänden. „Wenn man ihnen deutlich machen könnte, dass praktisch jede Gemeinde Potenzial hat, durch Einsatz erneuerbarer Energien oder Verbesserung der Energieeffizienz Kosten zu sparen und Gewinne zu machen, würde sich viel mehr bewegen.“ Hilfreich seien deshalb positive Vorbilder wie die Bioenergiedörfer, aber ohne Anstoß von außen bewege sich in der Regel nichts.

Anstöße von außen nötig

Solche Anstöße kommen häufig von Seiten engagierter Bürger, noch häufiger allerdings von Seiten externer Projektentwickler. So wichtig Rolf Pfeifer es findet, dass „überhaupt etwas in Bewegung kommt“, so sehr bedauert er, dass sich Kommunen nur selten selbst engagieren. Er sieht insbesondere für ländlich geprägte Regionen einen sehr großen Handlungsspielraum, da hier in der Regel genügend nutzbare Fläche für EE-Projekte vorhanden sei.

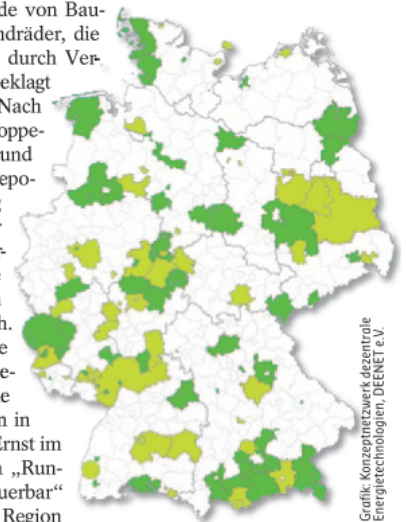
„Häufig lassen sich die Kommunen mit Brosamen abpeisen. Im Unterschied zu einer von einem Investor gebauten Windanlage kann eine Anlage im Eigentum der Gemeinde über 20 Jahre rund das Zehnfache einspielen. Die jährlichen Mehreinnahmen summieren sich leicht zu sechsstelligen Beträgen.“ Von privaten Anlagen verblieben bei der Gemeinde nur die Pacht und die Gewerbesteuer, nicht aber die Einnahmen aus dem Energieverkauf, beispielsweise durch Einspeisevergütungen. Rolf Pfeifers Plädoyer ist daher eindeutig: „Wenn wir die Energiewende wirklich ernst nehmen, ist es dringend notwendig, die Kommunen zu stärken, indem sie selbst vom EE-Ausbau profitieren. Selbst an Energiegenossenschaften und Bürgeranlagen können sich nur die betei-

gen, die Geld haben. Von einer kommunalen Anlage profitieren alle.“ Das häufig vorgebrachte Argument, die Gemeinde habe nicht genügend finanzielle Mittel, um die Sache selbst in die Hand zu nehmen, sei in der Regel nicht stichhaltig: „Es gibt hierfür angepasste Finanzierungsmodelle, die eine Finanzierung ohne Belastung des kommunalen Haushalts ermöglichen.“ Als Beispiele nennt Pfeifer Kommunalbürgschaften oder den Zusammenschluss mehrerer Gemeinden zu einem Zweckverband, um das finanzielle Risiko zu verteilen.

Vorreiterrolle im Paderborner Land

Im Unterschied zu Rolf Pfeifer verfolgt Willi Ernst, Solarpionier der ersten Stunde, nicht in erster Linie das Ziel, dass die Kommunen selbst aktiv werden – ihm würde es schon genügen, wenn die kommunalen Verwaltungen in seiner Heimat Paderborn vielversprechende Initiativen von Seiten der Bürger nicht blockieren würden. „Dutzende von Bau- und Repowering-Anträgen für Windräder, die auf Genehmigung warten, werden durch Verwaltungshandeln sehr verzögert“, beklagt Ernst. Dabei gäbe es viel Potenzial: Nach Ernsts Schätzung wäre eine Verdoppelung der Windleistung von aktuell rund 200 Megawatt (MW) allein durch Repowering möglicher, durch Erschließung weiterer geeigneter Standorte sogar eine Verdreifachung. Bei der Solarenergie hält er langfristig sogar eine Steigerung um das 25-Fache von aktuell 20 auf 500 MW für möglich. Auch der Anteil von Biogas – heute sieben MW – könnte deutlich zulegen. Um den heimischen Elan für die Energiewende nach den Ereignissen in Fukushima zu nutzen, berief Willi Ernst im Juni 2011 mit Gleichgesinnten den „Runden Tisch Paderborner Land erneuerbar“ ein. Der Name ist Programm: Die Region soll bei der 100-prozentigen Versorgung „eine Vorreiterrolle übernehmen“, die Energiewende soll hier deutlich schneller vonstattengehen als im Bund. Um diese Ziele verbindlich festzuschreiben, strebt Ernst auch eine Aufnahme der Stadt Paderborn und anderer Gemeinden der Region in den Kreis der „100 Prozent EE-Regionen“ an.

Um eine mögliche Blockadehaltung bei den Kommunen aufzubrechen, haben Willi Ernst und seine Mitstreiter einen „sozialverträglichen Ansatz“ entwickelt. So sollen Bürger-Energiegenossenschaften, wie heute schon bei einigen Windparks der Fall, einen Teil ihrer Erlöse an die Gemeinden abgeben mit dem Ziel, Vereine oder sonstige soziale Aktivitäten zu fördern. Damit will man nicht nur „Zustimmung erkaufen“, sondern signalisieren, dass „nicht nur ein paar Private von einem EE-Projekt profitieren, sondern die ganze Region“. Dazu gehört auch ein Pachtkonzept, das das bei Windkraft übliche „Hauen und Stechen um Flächen“ vermeiden soll, sowie die Option für die Gemeinden, den in der Region produzierten Strom unter Marktpreis einkaufen zu können. Dies solle, wie Ernst betont, auch als „politisches Signal“ verstanden werden, dass Windstrom heute schon konkurrenzfähig zum klassischen Strommix“ sei. Zum



Gratik: Konzeptnetzwerk dezentrale Energietechnologien, DEENET e.V.

- 100%ee-Regionen
- 100%ee-Startregionen
- Andere Regionstypen oder unzureichende Datenlage

Die Karte zeigt Gemeinden und Regionen auf dem Weg in die Energieautonomie. Die grünen Flächen werden immer größer und umfassen mittlerweile 28,7 % der Fläche Deutschlands.

Pressespiegel

Das größte Bauvorhaben seit dem Kloster: Neun Kilometer Wärmeleitungen wurden in den Straßen des Schwarzwaldorfes St. Peter verlegt.



Foto: Bürgerenergie St. Peter eG

Beispiel sollten Kommunen, die Windkraft gefördert hätten, in Form günstiger Direktlieferverträge profitieren. Eine Gemeinde im Kreis Paderborn tut dies bereits: Einwohner von Lichtenau-Asseln können ihren Strom seit Mai 2011 direkt aus dem einheimischen Windpark zu einem Tarif beziehen, der fünf Prozent unter dem RWE-Standardtarif liegt. Um eine 100-prozentige Stromlieferung aus erneuerbaren Energien auch bei Windflaute zu sichern, kooperiert der Windparkbetreiber mit dem Leipziger Stromhändler Clean Energy Sourcing. „Dies ist meines Wissens der erste direkte EE-Stromliefervertrag in Deutschland“, freut sich Willi Ernst und hofft, dass das Angebot Schule machen wird.

Die eigenen Möglichkeiten erkennen

Um als Gemeinde energieautonom zu werden, empfiehlt Rolf Pfeifer, im ersten Schritt Potenziale zu untersuchen und zu überlegen, wer welche Aufgaben übernehmen kann. Außer der Energieerzeugung sollte man bei der Entwicklung eines kommunalen Energiekonzeptes aber auch das Thema Energieeffizienz auf dem Plan haben. Vielleicht lässt sich ja durch energetische Sanierungen von Privathäusern und öffentlichen Bauten schon so viel Energie einsparen, dass eine geringere Energieproduktion ausreicht, um die Gemeinde „100 Prozent erneuerbar“ zu machen.

Leider lassen sich die Erfahrungen anderer Gemeinden nicht eins zu eins übernehmen, wie Rolf Pfeifer betont: „Jede Gemeinde ist einzigartig. Sie können ein Konzept niemals einfach kopieren.“

Hat man sich eine qualitative Übersicht verschafft, folgt im zweiten Schritt eine quantitative Bestandsaufnahme und Datenerhebung zu Erzeugungspotenzialen und Energieverbräuchen im Ort. Aus beiden Ergebnissen lassen sich dann konkrete Projektvorschläge ableiten, die im dritten Schritt auf ihre Machbarkeit und die Auswirkungen auf die Gemeinde untersucht werden.

An diesem Punkt weiß die Gemeinde, was sie will und was wahrscheinlich auch machbar ist.

Dem folgt die oft komplizierte Projektplanung und -finanzierung. Von juristischen Fragen über Finanzierungsmöglichkeiten, Förderprogramme und Betreibermodelle bis hin zu technischen Details gibt es eine Menge zu klären. „Diese Komplexität überfordert viele Gemeinden, die hierfür weder über ausreichend Personal noch über die nötige Expertise verfügen“, sagt Rolf Pfeifer. Leider komme es dann nicht selten vor, dass die im Rahmen des Konzeptes ermittelten Projektideen den fünften und letzten Schritt – die Umsetzung – gar nicht mehr erleben. Deshalb begleitet Pfeifer seine Projekte vorzugsweise auch in der Realisierungsphase weiter.

In St. Peter hat man sich von der Größe der Aufgabe nicht Bange machen lassen. Relativ schnell sei klar gewesen, dass das Nahwärmeprojekt in Form einer Genossenschaft organisiert werden sollte, „um selbstständig und unabhängig von politischen Fraktionen agieren zu können“, sagt Genossenschaftsvorstand Markus Bohnert. Eine Realisierung in kommunaler Regie habe nie zur Debatte gestanden. „Persönlich glaube ich auch, dass durch die Genossenschaft eine deutlich größere Akzeptanz in der Bevölkerung entstanden ist. Die jährlichen Mitgliederversammlungen der Genossenschaft sorgen für größere Transparenz, als dies bei einem kommunalen Eigenbetrieb der Fall gewesen wäre.“ Vom persönlichen Einsatz der Initiatoren ganz abgesehen: Hätte die Gemeinde diese ehrenamtlich erbrachten Leistungen einkaufen müssen, wäre wohl nichts aus dem Projekt geworden: „Das wäre ein Betrag in der Größenordnung von 200.000 bis 300.000 Euro gewesen, den man auf den Wärmepreis hätte umlegen müssen“, schätzt Bohnert.

Ganz auf die eigenen Kräfte haben sich Markus Bohnert und seine Mitstreiter allerdings auch nicht verlassen: „Wir haben es bewusst anders gemacht als andere Projekte, die vollkommen auf Eigeninitiative setzen.“ So wurde frühzeitig ein externes Planungsbüro eingebunden, um von vornherein fachliche Unterstützung zu haben. So sei es möglich gewesen, bald „Nägel mit Köpfen“ zu machen. „Es war optimal, dass wir nach 18 Monaten mit dem Netzbau beginnen konnten.“ Die Genossenschaft war gegründet, die Finanzierung gestemmt und die technischen Vorabklärungen gemacht. „Wenn ein Projekt zu lange im eigenen Saft gärt, wird es für die Mitglieder ein Problem, weil sie dann nicht mehr dran glauben. Es muss sichtbar vorangehen.“ Jede Verzögerung hätte zudem die Kosten weiter in die Höhe getrieben.

Von Anfang an seien die Bürger sehr offen für das Nahwärmeprojekt gewesen, erzählt Bohnert, selbst die Beeinträchtigungen durch die zweijährige Bauphase wurden weitgehend klaglos toleriert. „Immerhin war das die größte Baumaßnahme im Ort seit dem Bau des Klosters.“

Wesentlich für das Gelingen des Millionenprojektes war auch die frühzeitige Einbindung aller relevanten Akteure. Die Gemeinde signalisierte, die kommunalen Gebäude an das Wärmenetz anschließen zu wollen, auch das Kloster wurde zum Wärme-Großabnehmer. Baufirmen und Brennstofflieferanten aus dem Ort oder der Nachbarschaft wurden bei der Auftragsvergabe bevorzugt und sind, ebenso wie die Wärmeabnehmer, entscheidungsbefugte Mitglieder der Genossenschaft. Im Unterschied zu einem Investorenprojekt profitieren die Wärmeabnehmer von einer Energieversorgung zum Selbst-

Pressespiegel

kostenpreis, es gibt keine Gewinnmarge. Und auch diejenigen, die weder als Wärmeabnehmer noch als Lieferant unmittelbare Nutznießer sind, sollen langfristig beteiligt werden: In der Satzung der Genossenschaft ist – analog zu Willi Ernsts Paderborner Konzept – festgelegt, dass künftige Überschüsse sozialen und karitativen Ziele in der Gemeinde zugute kommen sollen.

Energie vom Land für die Städte

Dass man in St. Peter nicht nur auf Strom-, sondern auch auf Wärmeautonomie gesetzt hat, findet Rolf Pfeifer vorbildlich: „Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es ein riesiges Problem, dass sich die ganze Welt über die Stromproduktion unterhält, weil sich dort die größten Margen erwirtschaften lassen. Dabei macht Strom nur 20 Prozent unseres privaten Energieverbrauchs aus.“ Man müsste sehr viel mehr in Wärmeanlagen und Nahwärmenetze investieren, „aber das ist ein sehr aufwändiges Geschäft, jeden einzelnen Haushalt von einem Anschluss zu überzeugen. Deshalb fällt das Thema Wärme oft hinten runter.“ Auch beim Nahwärmeprojekt in St. Peter war es die entscheidende Hürde, eine „kritische Anschlussdichte“ zu erreichen. Als Kriterium wurde festgelegt, dass auf 100 Meter Leitung mindestens 10.000 Liter Öl ersetzt werden mussten. Straße für Straße wurde hierfür Überzeugungsarbeit geleistet. Wer dem Anschluss an das Wärmenetz zustimmte, profitiert heute von einem Kostenvorteil von rund

25 Prozent im Vergleich zum aktuellen Heizölpreis und kann sich zudem auf eine langfristige Preisstabilität verlassen, da zwei Drittel des Nahwärmepreises auf die Investitionskosten mit langfristiger Zinsbindung entfallen und somit nicht steigen können.

Ob Strom oder Wärme – trotz aufmerksamkeits- und finanzstarker Großprojekte wie Offshore-Windparks und Desertec geht der Trend zur Regionalisierung weiter, da sind sich die Experten einig. „Großkraftwerke sind nur nötig, um Deutschland als Industriestandort zu sichern“, betont Rolf Pfeifer. „Für die Privathaushalte würde man mit den Erneuerbaren locker hinkommen.“ Auch in der Gründung vieler neuer Stadt- und Gemeindewerke drücke sich dieser Trend zur Regionalisierung aus. „Ich bin sicher, dass sich in den Kommunen in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine enorme Dynamik entfalten wird. Wir stehen noch am Anfang eines langwierigen Prozesses, merken aber schon, wie es rumort.“

Auch Willi Ernst sieht die ländlichen Gemeinden und Regionen vor einer großen Zukunftsaufgabe. Sie müssten langfristig nicht nur sich selbst, sondern auch die benachbarten Großstädte mit Energie beliefern, da diese nicht genügend Flächenpotenzial für eine Selbstversorgung aus erneuerbaren Energien hätten. „Früher wurde das Land aus den Städten mit Energie beliefert, in Zukunft muss der ländliche Raum die städtischen Ballungsgebiete mitversorgen. Über das Gelingen der nationalen Energiewende wird also in den Dörfern entschieden.“ ■

REINHARD HUSCHKE

Erneuerbare Energien, Ausgabe 02/2012, Seite 4/4

www.erneuerbareenergien.de

Text verfasst von Rainer Huschke

www.text-und-co.de